

garanto

Die Zeitung der Gewerkschaft des
Zoll- und Grenzschuttpersonals

Le journal du syndicat du personnel de
la douane et des gardes-frontière

Il giornale del sindacato del personale
delle dogane e delle guardie di confine



DANK, VERSTÄNDNIS – UND WILLE ZUM SPAREN

In seiner Rede an der 1. Delegiertenversammlung von Garanto in Thun bedankte sich Bundesrat Ueli Maurer beim Personal der Zollverwaltung und des Grenzschuttkorps für hervorragende Arbeit.

Die Rede, die Ueli Maurer vor den Delegierten von Garanto hielt, war bestimmt von Dank- und Lobsgungen.

Hervorragende Arbeit werde hier geleistet, zuverlässig, in jeder Beziehung: «Die Effizienz, die wir haben, sei es beim Grenzschuttkorps, sei es beim Zoll, lässt sich ja ablesen aus den Erfolgen. Das ist einfach gut, einfach nur gut. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit!»

Die Ausführungen Ueli Maurers orientierten sich an den Fragen, die Mitglieder von Garanto dem Bundesrat im Vorfeld zukommen liessen. Der erste Punkt, den er aufgriff, betraf die Überschüsse des Bundes, von denen nichts an das Personal weitergegeben werde. Es sei tatsächlich so, räumte Maurer ein, dass der Bund in der

Regel besser abschneide als budgetiert. Das habe mit dem Finanzhaushaltsgesetz und der vorgegebenen Budgetierung zu tun. Bei 80 Bundesämtern mit mehreren Tausend Konten kumulieren sich zum Jahresende die einzelnen Restbeträge. Man budgetiere lieber zu hoch, weil bei jeder Budgetüberschreitung ein Nachtragskredit beim Parlament eingeholt werden muss, was schwierig sei. So ergibt sich in der Regel ein Überschuss von einer Milliarde. Dies sollte auch in den nächsten Jahren so bleiben. Dabei handle es sich jedoch nicht wirklich um einen Überschuss, weil der Bund aufgrund der «Schuldenbremse» das Geld für die Schuldentilgung verwenden muss.

Sparvorgaben beim Personal

Bundesrat Maurer zufolge schiebt das Parlament dem Personal die Hauptschuld an den Ausgabensteigerungen des Bundes zu. Dies sei jedoch nicht korrekt, da die Ausgaben für das Bundespersonal seit Jahren stabil bei ungefähr acht Prozent des Bundesbudgets liegen.

Sparübungen beim Personal haben deswegen nur eine begrenzte Auswirkung auf den Bundeshaushalt. Selbst wenn man zehn Prozent der Bundesangestellten entlassen würde, so Maurer, würden die Einsparungen nur ein Prozent der Haushaltssumme betragen. Hinzu komme der Auftrag des Parlaments, die Zahl der Bundesangestellten strikt auf 35 000 zu begrenzen. Die Exekutive habe die undankbare Aufgabe, die vom Parlament vorgegebene Personalplafonierung umsetzen zu müssen.

Lohnmassnahmen 2018

«Vorgesehen seien für nächstes Jahr Lohnmassnahmen beim Bundespersonal in Höhe von 34 Millionen Franken, das entspricht 0,6 Prozent der Lohnsumme», offenbarte Maurer. Ob der Bundesrat und das Parlament dem zustimme, wisse er noch nicht, das dürfte auch von der Höhe der Teuerung abhängen. Persönlich werde er alles daransetzen, dass nicht noch eine weitere Nullrunde komme.

Fortsetzung auf Seite 2 >

DEUTSCH

1. DV 2017: Michaela Schärer

Effizienz und Flexibilität als
Mass aller Dinge Seite 2

1. DV 2017: Christian Bock und Jürg Noth

Trotz sparen Sicherheit
stärken? Seite 3

1. DV 2017: Paul Rechsteiner

Respekt bedeutet nicht nur
schöne Worte Seite 3

FRANÇAIS

1^{ère} AD 2017: CF Maurer

Gratitude, compréhension – et
volonté d'économie? Pages 7/8

1^{ère} AD 2017: Michaela Schärer

Efficacité et flexibilité comme
mesure de toute chose Page 8

1^{ère} AD 2017: Christian Bock et Jürg Noth

Renforcer la sécurité malgré
les économies? Pages 8/9

1^{ère} AD 2017: Paul Rechsteiner

Le respect ne signifie pas juste
de jolis mots Page 9

ITALIANO

Prima AD 2017: CF Maurer

Riconoscenza e comprensione
ma soprattutto
austerità Page 11/12

Prima AD 2017: Michaela Schärer

Nel segno dell'efficienza e
della flessibilità Pagina 12

Prima AD 2017: Christian Bock e Jürg Noth

Rafforzare la sicurezza nono-
stante le misure di risparmio?
Page 12/13

Prima AD 2017: Paul Rechsteiner

Il rispetto non si limita alle
belle parole Pagina 13

> Fortsetzung von Seite 1

Das wäre «nicht ganz fair» den Angestellten gegenüber. Definitiv entscheiden wird der Bundesrat im August.

Ruhestandsregelung und Pensionskasse

Das Finanzdepartement hat vom Bundesrat den Auftrag erhalten, die Vorruhestandsregelung neu zu gestalten. Hier werden Maurer zufolge verschiedene Varianten diskutiert. Beim Bundesrat werde er beantragen, erst einmal bei 60 Jahren zu bleiben. Die Diskussion wird aber fortgeführt: «Wenn ich ehrlich zu Ihnen bin, muss ich Ihnen sagen, dass Sie wahrscheinlich von einer Flexibilisierung und Erhöhung des Rentenalters betroffen sein werden.» Dann müsse jedoch auch geregelt werden, wie und wo ältere Angestellte noch eingesetzt werden können. Nicht jeder könne mit 65 noch an Weihnachten mit einem Gewehr an einem Grenzübergang stehen.

Eine andere Frage galt der Pensionskasse Publica, bei der die beschlossene Senkung des Umwandlungssatzes zu einer Rentenkürzung führt. Ueli Maurer versprach, sich mit den Personalverbänden zusammzusetzen und zu verhandeln, ob und wie der Bundesrat das allenfalls abfedert. Für die Generationen unter 60 wäre dies sonst eine Rentenkürzung in der Grössenordnung von circa zehn Prozent. Hier bestehe tatsächlich Handlungsbedarf: «Die Diskussion werden wir jetzt gerade mit den Personalverbänden beginnen. Für nächstes Jahr müssen wir bereits eine Lösung hierfür haben. Aber auch hier will ich ehrlich

sein mit Ihnen, die unter Sechzigjährigen werden mit einer tieferen Rente rechnen müssen.»

Lohnsystem und Sparprogramme

Die laufende Revision des Lohnsystems wurde von Bundesrat Maurer ebenso angesprochen. Hier geht es um eine mögliche Vereinfachung des Ortszuschlages, indem dieser aufgehoben und in den Lohn eingerechnet werden soll. Noch seien mehrere Varianten im Gespräch, die mit den Personalverbänden diskutiert wurden. In Kraft treten würde diese Revision frühestens 2019 oder 2020. In jedem Fall wäre der Besitzstand gewahrt. Auf die Frage, ob der Zoll auch bei den Sparprogrammen mitmachen müsse, antwortete Maurer: «Ja, das ist so. Sie werden in den nächsten Jahren immer wieder mit Spardruck konfrontiert werden.»

Und er fügte zum Abschluss noch den Wunsch hinzu, dass alle Anwesenden doch Ideen für eine bessere Organisation entwickeln sollen, um die Effizienz der Bundesbehörden weiter zu steigern.

Garanto greift dem Bund unter die Arme

Um Bundesrat Maurer bei seiner Arbeit zu unterstützen – und so vielleicht die schlimmsten Einsparungen des Bundes zu verhindern – sammelte Garanto Geld und überreichte ihm dieses in Thun in einem Sparschwein. Dies in der Hoffnung, dass es dem Bund zumindest so möglich wird, weiterhin gute Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne zu gewährleisten.

Johannes Gruber, Redaktor VPOD

zugehen und sich nicht nur auf kurzfristige Feuerwehrübungen zu beschränken. Da unsicher ist, wie stark der Zoll von künftigen Sparmassnahmen betroffen sein wird, gelte es proaktiv zu handeln und die Basis dafür zu schaffen, zukünftige Herausforderungen erfolgreich zu bestehen.

Projekte zur Effizienzsteigerung

Ganz im Zeichen dieses Ziels steht das erste Projekt mit dem bezeichnenden Namen «Effizienzsteigerungsmassnahmen bei der Edelmetallkontrolle». Dabei geht es darum, Tätigkeiten zu zentralisieren, Dienstleistungen weiterzuentwickeln, Synergien zu nutzen und auch die Einnahmen zu erhöhen. Entlassungen wird es keine geben. Die Vision der Vizedirektorin ist eine kompakte und gestraffte Organisation, die in der Lage ist, sich effizient und flexibel den neuen Herausforderungen zu stellen.

Das zweite Reorganisationsprojekt ist die Auslagerung des Zolllabors an das Eidgenössische Institut für Metrologie (METAS). Wenn alles nach Plan läuft, werde das Zolllabor ab 2018 ins METAS integriert. Über eine Leistungsvereinbarung soll sichergestellt werden, dass der Leistungsumfang gleich und das zollspezifische Wissen beim Labor bleibe. Das Auslagerungsprojekt habe, so Schärer, eine hohe Akzeptanz beim Personal. Dies weil der Tätigkeitsbereich der Betroffenen vielfältiger werde und auch bessere Austauschmöglichkeiten mit Kollegen entstehen.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist der Vizedirektorin zufolge die Zentralisierung der Zollfahndung. Um eine Stärkung der Strafverfolgung zu erreichen, soll sich die Zollfahndung hin zu einer leistungsfähigen «Zollpolizei» entwickeln. Damit dies möglich ist, braucht es eine zentrale Führung. Im Moment werden jedoch erst die rechtlichen Grundlagen geschaffen.

Neue Organisationseinheit Zoll

Schliesslich ist die Schaffung einer Organisationseinheit (OE) Zoll im Verantwortungsbereich von Frau Schärer vorgesehen. Die grossen Herausforderungen, die Oberzolldirektor Bock dargestellt hatte, machen es notwendig, die Verantwortlichkeiten neu aufzuteilen. Insbesondere müssen die operative und die strategische Ebene klar getrennt werden, damit sich Herr Bock auf die strategische Führung des Amtes und die politischen Aufgaben konzentrieren kann.

Zwar sei die Schaffung der OE Zoll nicht in erster Linie eine Sparmassnahme, aber es sollen durch die Nutzung von Synergien Stellenprozentage frei werden, die flexibel für DaziT oder andere wichtige Aufgaben eingesetzt werden können.

Bei dieser Reorganisation drehen sich Schärer zufolge viele Überlegungen darum, welche operativen Aufgaben und Produkte der Hauptabteilung Verfahren und Betrieb in die Zollkreise delegiert werden können und was zentral in Bern erledigt werden muss. Die strategischen Entscheide sollten grundsätzlich zentral gefällt werden. Es wird in dieser OE eine Struktur mit drei Säulen geben: die Zollkreise, die Organisationseinheit in Bern und die Edelmetallkontrolle.

Zeitplan der Reorganisation

Nach Angaben der Vizedirektorin sind für die Schaffung der OE Zoll zwei Phasen vorgesehen. Die erste Phase läuft bis zum 1. Januar 2018: Es soll erst einmal die Struktur der neuen Organisationseinheit Zoll mit den Zollkreisen und der HA V+B geschaffen werden sowie die Führbarkeit der OE hergestellt werden. Umgesetzt werden die Führungs- und die Unterstützungsprozesse (Zusammenarbeit mit den Querschnittsbereichen).

In der zweiten Phase, die bis 1. Januar 2019 laufen soll, wird die Ressourcenverlagerung identifiziert und die entsprechende Umsetzungsplanung gemacht. In jedem Falle werde dies im Dialog mit den Betroffenen geschehen. Im Zentrum der zweiten Phase steht die Analyse der Strukturen. Dabei werde, so Schärer, in aller Ruhe auch die Anzahl der Zollkreise überprüft. Diskutiert werden auch die Schnittstellen zum GWK. Schliesslich werden die «Abgaben» und die Zentralisierung des Beschwerdewesens im Fokus stehen. Dieses Jahr sei erst der Anfang, so Michaela Schärer. Es werde in den nächsten Jahren zwangsläufig tiefgreifende Veränderungen in der Zollverwaltung geben, da die Warenprozesse für DaziT neu designt werden. Einfache, automatisierte Prozesse werden den Verwaltungsaufwand stark reduzieren, die Kontrolltätigkeiten werden dagegen ausgebaut. Das Berufsbild des Zollmitarbeiters und des Grenzwächters werde sich verändern. Dies werde nicht von heute auf morgen geschehen, sondern wohl die Agenda der nächsten zehn Jahre bestimmen.

Johannes Gruber, Redaktor VPOD

1. Delegiertenversammlung: Michaela Schärer**EFFIZIENZ UND FLEXIBILITÄT ALS MASS ALLER DINGE**

Vizedirektorin Michaela Schärer, ab 2018 verantwortlich für die neue Organisationseinheit Zoll, skizzierte an der DV Ziele und Zeitplan der Umstrukturierungen in ihrem Verantwortungsbereich.



soll nicht nur die Flexibilität der Zollverwaltung erhöht werden. Ziel sei es, auch die Möglichkeiten zu Kontrollen und Strafverfolgung zu stärken, Ressourcen einzusparen und die Effizienz zu erhöhen. Mit DaziT werde es möglich, die nötigen Veränderungen aktiv an-

DaziT, in dessen Rahmen Prozesse durchgängig digitalisiert werden sollen, sei, so Schärer, nicht allein eine Optimierung der IT-Infrastruktur, sondern auch ein Transformationsprogramm. Mit diesem

1. Delegiertenversammlung

TROTZ SPAREN SICHERHEIT STÄRKEN?

Oberzolldirektor Christian Bock sprach über die zukünftigen Herausforderungen für die EZV. Vizedirektor Jürg Noth gab einen Überblick über die Lage an den Grenzen hinsichtlich der aktuellen Migrationsbewegungen.

Die EZV muss sich in den nächsten Jahren einer Reihe von Herausforderungen stellen, so Christian Bock. Es bestehe ein grosser Erneuerungsbedarf bei der IT-Landschaft: Der Aufwand für die Wartung der alten Systeme werde immer grösser. Eine neue IT-Infrastruktur brauche es aber auch, weil das «Grundbedürfnis nach einer elektronischen Verzollung» bisher nicht erfüllt werden konnte. Sollte die Zahl der Verzollungen nochmals drastisch zunehmen, wie dies eine hängige Motion nach einer Zollfreigrenze von 50 Franken verlangt, so wäre dies mit den jetzigen Prozessabläufen nicht mehr zu bewältigen. Mit dem IT-Projekt DaziT werden 400 Millionen investiert, um über eine vollständige Digitalisierung der Prozesse die nötige Flexibilität und Effizienz zu gewinnen, um zukünftige Aufgaben zu meistern. Es gelte insbesondere die Sicherheit zu stärken und die Zollfahndung auszubauen. Dies bedeute, dass reine Verwaltungsarbeiten reduziert werden zu Gunsten von mehr Kontrollen. Damit werde die Arbeit für viele Angestellte auch interessanter, so Oberzolldirektor Bock.



EZV 4.0

Christian Bock versuchte sich als Prognostiker gesellschaftlichen Wandels und verwies auf die sich im Kontext der Robotisierung abzeichnende grundlegende Veränderung der Berufsbilder und den Verlust ganzer Berufe. Welche Aufgaben ein Grenzwächter in zehn Jahren hat und ob es den Spediteur noch geben wird, sei heute kaum vorhersehbar. Die EZV müsse sich vorbereiten, Antworten auf diesen möglichen Wandel zu finden. Dafür, so der

Oberzolldirektor, brauchen wir unbedingt auch motivierte Mitarbeitende. Diese werden bei den Veränderungsprozessen begleitet: «Wir finden für jeden einen Platz, der willens ist, sich den Änderungen zu stellen», so Bock.

Für Christian Bock bedeutet die sich abzeichnende Transformation innerhalb der EZV nicht unbedingt Stellenabbau. Aber wenn zusätzlich die Sparvorgaben des Parlaments Jahr für Jahr wachsen, könne eine Situation eintreten, in der er gezwungen sei, Kündigungen vorzunehmen.

Hinsichtlich der Sozialpartnerschaft mit Garanto versprach er, Gespräche auf Augenhöhe zu suchen, um die kommenden Veränderungen gemeinsam zu bewältigen.



Zur Lage an den Grenzen

Jürg Noth schilderte die Herausforderungen, die sich für das Grenzwachtkorps im Umgang mit der Migration stellen. Für Asylbewerber scheine die Schweiz nicht mehr attraktiv zu sein. Seit letztem Juli steige die Zahl derjenigen Migranten, für die die Schweiz nur Transitland ist.

Für 2017 sind wichtige Massnahmen geplant. So soll vor allem in Chiasso die Infrastruktur ausgebaut werden und es werde der Bezug von Übersetzern geprüft. Obwohl eine weitere Verschlinkung kaum mehr möglich sei, werden die Prozesse weiterhin optimiert. Auch gebe es Gespräche mit den NGOs, welche sich für die Flüchtlinge einsetzen.

Bemerkungen und Nachfragen

In der Diskussion wurde von Delegierten mehrfach darauf hingewiesen, dass der Sicherheit des Personals zu wenig Beachtung geschenkt wird. Eine veraltete IT-Infrastruktur verunmögliche effizientes Arbeiten. Es sollte nicht ausschliesslich in die Optimierung von Systemen, sondern auch in das Personal investiert werden.

Johannes Gruber, Redaktor VPOD

1. Delegiertenversammlung: Paul Rechsteiner

RESPEKT BEDEUTET NICHT NUR SCHÖNE WORTE

In seinem Gruss unterstrich Ständerat und SGB-Präsident Paul Rechsteiner vor den Garanto-Delegierten den politischen Gestaltungsanspruch des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes bei Löhnen, Arbeitsbedingungen und der Rente.



«Wir haben etwas zu melden in den wichtigen Fragen», so Paul Rechsteiner. Der SGB ist der grösste Dachverband der Arbeitnehmendenorganisationen in der Schweiz. Das mache gerade die Stärke des SGB aus, dass alle bedeutenden Beschäftigtengruppen – im öffentlichen Dienst wie in der Privatwirtschaft – in ihm vertreten sind. Gewerkschaftliche Politik zu verfolgen, so Rechsteiner, bedeute gleichzeitig für die Interessen der Angestellten und der Bevölkerung einzustehen. Im

Ständerat ist es z.B. gelungen, bei den Zollstellen in der Ostschweiz einen Abbau zu verhindern und damit die Zolldienstleistungen für die Bevölkerung und die Interessen der Angestellten zu verteidigen. Gegen die Spardiskussionen, die vor allem im rechtsbürgerlich dominierten Nationalrat immer wieder aufkommen, gelte es anzuführen, dass es in der Schweiz einen Staat gibt, der funktioniert. Unser guter Service public hängt von denen ab, die die öffentlichen Dienstleistungen erbringen. Auch die Beschäftigten in den Zollstellen und in der Grenzwacht verdienen deshalb Wertschätzung und Anerkennung.

Hymne auf die AHV

Im Schwerpunkt seines Referats widmete sich der SGB-Präsident dem Thema AHV, von dem sektorenübergreifend alle Beschäftigten betroffen sind. Die gegenwärtigen Ertragsprobleme in der 2. Säule und die unsichere Prognoselage zeigen, wie richtig und wichtig die gewerkschaftliche Politik für die Stärkung der AHV ist. Die Umlagefinanzierung, d.h. die direkte Umwandlung von Beiträgen zu Renten, führt zur Unabhängigkeit von Kapitalmärkten. Zudem sorgt die AHV für eine solidarische Umverteilung, indem ihr über die unbeschränkte Beitragspflicht vom gesamten Erwerbseinkommen Geld zufließt, die Bezugshöhe aber begrenzt ist.

Rentenerhöhung mit «Altersvorsorge 2020» ein Erfolg

Als Erfolg wertete Rechsteiner insgesamt die «Altersvorsorge 2020», deren Kompromissformel wesentlich von ihm selbst mit auf den Weg gebracht wurde. Am 24. September wird nun darüber abgestimmt. Vorgesehen ist die erste Rentenverbesserung bei der AHV seit über 40 Jahren. Bis zu 840 Franken jährlich mehr Rente für Einzelpersonen bzw. bei Ehepaaren sogar bis zu 2712 Franken. Verbesserungen gibt es mit der Möglichkeit zur Teilpensionierung, bei Teilzeitbeschäftigten sowie bei Personen ab 58 Jahren, die bei einem etwaigen Stellenverlust zumindest in der Pensionskasse bleiben und ihre Rentenansprüche behalten können.

Auch die Finanzierung über eine relativ geringe Mehrwertsteuererhöhung um 0.3 bzw. 0.6 Prozent ist dem SGB-Präsidenten zufolge ein Erfolg. Erkauft werden die Verbesserungen leider mit einer Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre, in erster Linie bringe die Vorlage jedoch Verbesserungen. Leidenschaftlich appellierte Rechsteiner an die Anwesenden, dass es jetzt darum gehe, klug unsere Interessen zu vertreten und gemeinsam so zu kämpfen, dass wir die Abstimmung am 24. September gewinnen.

Johannes Gruber, Redaktor VPOD

DV 2017

RESOLUTION I**«ES ESCH GNUEG HEU DONDE!»**

Die Delegierten von Garanto, der Gewerkschaft des Zoll- und Grenzschutzpersonals, sind wütend auf die rechtsbürgerliche Mehrheit im Bundesparlament. Die Debatte rund um die Kürzungen im Eigenbereich beim Stabilisierungsprogramm und der Beschluss der Dezembersession 2016 verheissen wenig Gutes für die Zukunft.

Mit grosser Enttäuschung musste im November 2016 eine neuerliche Nulllohnrunde hingenommen werden. Darüber hinaus beschloss das Parlament im Dezember weitere 50 Mio. Franken beim Personaletat einzusparen. Und dies trotz satten Rechnungsüberschüssen in den Jahren 2015 und 2016. Mit diversen Vorstössen wird nun auch noch das Lohnsystem des Bundes infrage gestellt.

Negative Teuerung hin oder her!

Die Lebenshaltungskosten steigen Jahr um Jahr. Höhere Krankenkassenprämien und Mietpreise drücken auf die Haushaltsbudgets. Die jüngeren Mitarbeitenden, die sich im Lohnaufstieg befinden, sind auf eine zusätzliche generelle Lohnerhöhung angewiesen, um eine Familie gründen zu können.

Angst um Stellen

Diese Knausrigkeit im Parlament und der enorme Druck, ausgelöst durch die laufenden und die kommenden Spar- und Abbaupläne, sind Gift für die Motivation des Zollpersonals. Grenzwächterinnen und Grenzwächter werden zudem für Einsätze in anderen Landesteilen abkommandiert, und dies führt zu Mehrbelastung in Beruf und Privatleben. Wir wollen weiterhin gute Arbeit im Dienst der schweizerischen Bevölkerung leisten und unser Bestes geben. Aber diese jährlichen Sparrunden und die damit einhergehende steigende Arbeitslast durch den erzwungenen Stellenabbau erschweren dies. Wir sind besorgt um die Zukunft unserer Arbeitsplätze. Diese Sorge steigt weiter mit dem angekündigten Abbau von rund 60 Stellen beim BIT, was einer Massenentlassung gleichkommt. Ist die EZV auch bald soweit?

Genug gespart!

Seit Jahren schliessen die Jahresrechnungen hervorragend ab. Aber beim Bundespersonal wird weiter gekürzt. Die rechtsbürgerliche Mehrheit im Parlament nützt die Loyalität des Bundespersonals aus und profiliert sich auf Kosten des Personals als konsequente Staatsabbauer. Dabei ist die Zitrone längst ausgepresst. Da ist nichts mehr zu holen!

Die Delegierten von Garanto haben die Sparwut satt und verlangen deshalb:

- die Anerkennung der geleisteten Arbeit
- für 2018 eine reale Lohnerhöhung
- im Budget 2018 und 2019 im Minimum 5% für Lohnmassnahmen
- die Aufstockung des Stellenetats für den Zoll und das GWK an der Front.

Wir verlangen eine Lockerung der Schuldenbremse, damit der künstliche Spardruck endlich aufhört.

**Die nächste Ausgabe von «Garanto»
erscheint am 17. August 2017.**

www.garanto.ch

DV 2017

RESOLUTION II**DER BUND SOLL SEINEN BEITRAG LEISTEN**

Den Pensionskassen geht es schlecht. Sie spüren die anhaltende schwierige finanzielle Situation und müssen reagieren. Wegen mangelnder Rendite durch die weiterhin tiefen Zinsen müssen sie Massnahmen treffen, um ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Versicherten und Rentenbeziehenden langfristig nachzukommen. So auch die Pensionskasse des Bundes, PUBLICA.

Die PUBLICA muss die technischen Grundlagen anpassen und plant, den technischen Zinssatz und als Folge davon auch den Umwandlungssatz zu senken. Ohne Gegenmassnahmen werden die zu erwartenden Verluste der aktiven Versicherten rund elf Prozent ihrer künftigen Rentenleistungen betragen. Die vorhandenen Reserven der PUBLICA werden bei Weitem nicht ausreichen, um diesen Verlust zu kompensieren. Es besteht die Gefahr, dass die aktiven Mitglieder die Kosten durch Erhöhung der Sparbeiträge tragen und sich zudem mit niedrigen Renten zufriedengeben müssen.

Die Delegierten von Garanto sind damit nicht einverstanden und verlangen, dass der Arbeitgeber seine Mitverantwortung wahrnimmt und sich mit flankierenden Massnahmen an der Abfederung dieser Anpassung beteiligt und die dafür notwendigen finanziellen Mittel budgetiert.

Die Delegierten verlangen vom Bundesrat, einen namhaften Beitrag im Budget 2019 einzusetzen und vom Parlament, die notwendigen finanziellen Mittel zu beschliessen.

1. Delegiertenversammlung**STATUTARISCHE GESCHÄFTE**

Der Tätigkeitsbericht wurde einstimmig verabschiedet wie auch die Rechnung 2016. Diese schloss ausgeglichen ab, weil der Überschuss von 6072 Franken auf ein Rückstellungskonto Kongress 2020 floss. Das Budget 2017 wurde ebenfalls ohne Gegenstimme angenommen.

Die Rechnung und Bilanz 2016 der Sterbekasse wurde zum letzten Mal gutgeheissen. Wie Zentralkassier Mike Leuenberger informierte, befindet sich die Sterbekasse in Liquidation. Dieses Liquidationsverfahren verursacht einigen administrativen Aufwand, der auch gebührenpflichtig ist. Sollte vom rückgestellten Betrag noch etwas übrigbleiben, fliesst der Rest zu gleichen Teilen an die Pensionierengruppen von Garanto.

Zu diskutieren gaben hingegen die beiden Sektions-Anträge.

Die Tessiner Sektion beantragte: Sobald Korrekturen oder Änderungen bei offiziellen Mitteilungen vorkommen, erhoffen wir uns, dass diese die OZD mit Ehrlichkeit und

Transparenz dem Personal mitteilt. Die allfälligen Änderungen und Korrekturen müssen durch eine klare Kennzeichnung wie «Korrigenda» oder «Berichtigung» über die offiziellen Kommunikationsmittel mitgeteilt werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Sektion Nordwestschweiz beantragte:

An der Herbstversammlung wurde angeregt, ein neues Logo zu erarbeiten. Deshalb stellt die Sektion Nordwestschweiz den Antrag, ein neues Logo des Gewerkschaftsnamens zu erstellen. Um die Kosten niedrig zu halten, soll eine Ausschreibung mittels eines Wettbewerbs an der Hochschule der Künste Bern erfolgen. Die Gewinnerin soll maximal 1000 Franken erhalten.

Nach einer eingehenden Diskussion fand der Antrag schliesslich kein Gehör bei den Delegierten. Mit 6:11 bei 2 Enthaltungen lehnten die Delegierten den Antrag ab.